

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telex: 806846 ppbn d  
Telefax: 21 0884

## Inhalt

Wolfgang Roth MdB skizziert die Ausgangslage des Pariser Weltwirtschaftsgipfels: Schlechte Vorzeichen für Weltwirtschaftsgipfel.

Seite 1

Dr. Fritz Gautier MdB berichtet über das Treffen der gemischten Wirtschaftskommission der SPD und der ungarischen USAP: Keine Chance darf vergeben werden.

Seite 3

Ernst Haar MdB bewertet die neue ADAC-Propaganda gegen ein Tempolimit: „Bei Tempo Null keine Unfälle“.

Seite 4

Robert Antretter MdB analysiert die Rede des sowjetischen Staats- und Parteichefs Gorbatschow vor dem Europarat: Bausteine für das Haus Europa.

Seite 5

44. Jahrgang / 128

7. Juli 1989

### Schlechte Vorzeichen für Weltwirtschaftsgipfel

Pariser Gipfel nur Fotoshow am Rande der Revolutionsfeiern?

Von Wolfgang Roth MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaft und Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Nichts gibt zu der Hoffnung Anlaß, daß der Weltwirtschaftsgipfel vom 14. bis 16. Juli in Paris die weltwirtschaftlichen Aufgaben anpackt: Leistungsbilanzungleichgewichte, Stillstand der GATT-Verhandlungen zur Liberalisierung des Handels, Überschuldung der Dritten Welt, globale Umweltzerstörung und keine wirksame wirtschaftliche Unterstützung der Reformen in Osteuropa.

Es ist nicht zu erkennen, daß die sieben teilnehmenden Regierungen mit tragfähigen Konzepten aufwarten werden und ein nachhaltiger Expansionsprozeß gestützt wird. Gerade jetzt, wo es in Europa etwas besser geht, müßten langfristige Strukturentscheidungen getroffen werden.

Das geplante Treffen verdient aufgrund mangelnder Vorbereitung den Titel Weltwirtschaftsgipfel nicht. Es ist praktisch zu einer Einlage am Rande der 200-Jahr-Feierlichkeiten der Französischen Revolution umfunktioniert worden.

Wer sich umschaute, der stellt fest, daß die Regierungen die notwendigen Hausaufgaben nicht gemacht haben:

Bislang gibt es keinen Brückenschlag zwischen den Ländern mit Leistungsbilanzüberschüssen und -defiziten. Die USA erwarten von Europa und Japan Unterstützung, und die wiederum halten die USA selbst für den Schuldigen. Auch auf eine breit angelegte Politik des Ausgleichs mit den Staaten der Dritten Welt warten wir bis heute vergeblich.

Der Verzicht auf Handeln kommt aber heute einer Blockade weltwirtschaftlicher Wachstumsmöglichkeiten gleich.

Neue Ideen sind aufgrund der schlechten Vorbereitung nicht zu erwarten. Mit überraschenden Initiativen ist nicht zu rechnen - am allerwenigsten durch die Bundesregierung, die so tut, als ginge sie das alles nichts an.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus /217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Weniger Umwelt  
mehr Recycling  
Recycling-Papier



Dabei kommen die Staats- und Regierungschefs auf dem Weltwirtschaftsgipfel in einer historisch an und für sich günstigen Phase zusammen:

Die meisten Akteure der Weltwirtschaft haben nach dem Börsenkrach vom Oktober 1987 vernünftiger als bei früheren Weltwirtschaftskrisen reagiert. Sogar die Bundesregierung hatte ihre Angebotsideologie beiseite geschoben und mit der Bundesbank zusammen die Weichen auf Expansion gestellt.

Das Resultat ist ein beachtlicher Wachstumsprozeß, der nun in Gang gehalten werden muß. Dieses Wachstum hat noch nicht die Qualität erreicht, daß es sich selber tragen oder gar insgesamt als ökologisch akzeptabel betrachtet werden könnte. Nutzen die Regierungen den Gipfel lediglich, um sich gegenseitig auf die Schultern zu klopfen, wird eine historische Chance verspielt.

Diese Gefahr besteht aber: Der neue US-Präsident George Bush braucht auf seinem ersten Gipfel positive Schlagzeilen und unsere, im Trudeln befindliche Regierung wird keinen Anlaß zur billigen Selbstdarstellung auslassen wollen.

Ich befürchte also, daß der Weltwirtschaftsgipfel zum gegenwärtigen Zeitpunkt leider nichts anderes darstellt als ein wohlfeiler sommerlicher Fototermin - mit touristischen Einlagen garniert.

Die Idee von Helmut Schmidt, ein weltweites Arbeitstreffen durchzuführen, das konkrete Entscheidungen trifft, ist begraben. Vor allem der Herr Bundeskanzler hat die Weltwirtschaftsgipfel stets als stimmungsvolles Treffen eines Herrenclubs mit Dame verstanden.

Es besteht die Gefahr, daß die Show international zur Ernüchterung führen und potentielle Investoren verunsichern kann.

Man sollte den Gipfel erst dann machen, wenn er zu konkreten Ergebnissen führt, wenn also der heutige Gipfeltourismus wieder zu der Aufgabe zurückgeführt würde, die der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt in den siebziger Jahren verwirklicht hat: Harte, sachliche Gespräche auf der Basis einer präzisen Vorbereitung und mit dem Willen geführt, zu konkreten Abmachungen zu kommen.

Vor allem die Bundesregierung ist in die Pflicht genommen.

Ihr kommt beim Abbau der Arbeitslosigkeit im Bereich der Europäischen Gemeinschaft - 16 Millionen Menschen werden in der Gemeinschaft immer noch als arbeitslos registriert - eine besondere Verantwortung zu, weil sie über den größten Spielraum im Vergleich zu den Partner-Regierungen verfügt.

Die Bundesregierung muß ferner wenigstens ein Zeichen setzen, daß sie den Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik nicht weiter wachsen lassen will. Dies ist schon eine auf das schnell Machbare reduzierte Forderung.

Die Bundesregierung muß darüber hinaus Druck machen, daß unsere Märkte weiter geöffnet werden und bislang abgewiesene Anbieter aus der Dritten Welt die Chance bekommen, sich selbst zu helfen und mehr Waren bei uns abzusetzen.

Die Bundesregierung müßte eigene Initiativen entwickeln, um die Überschuldung der Dritten Welt endlich zurückzuführen.

Daß dies alles nicht geschieht ist umso bedauerlicher, weil jetzt die Voraussetzungen bestehen, die weltwirtschaftlichen Strukturprobleme anzugehen. Mit diesem Gipfel werden die Chancen der guten Jahre verspielt. In den neunziger Jahren werden wir für die heutigen Unterlassungen bezahlen müssen.

(-/7.7.1989/vo-ha/st)

\* \* \*

Keine Chance darf vergeben werden

Ungarn auf dem Weg zur Demokratie

Von Dr. Fritz Gautier MdB

Am 3./4. Juli traf sich zum wiederholten Mal die gemischte Wirtschaftskommission der SPD und der ungarischen USAP in Ungarn. Die Gespräche in Ungarn mit Parteipräsident R. Nyers, Generalsekretär K. Grosz sowie dem USAP-Wirtschaftssprecher, P. Ivany, zeigten sehr deutlich:

- Ungarn ist unwiderruflich auf dem Weg zu einer Mehr-Parteien-Demokratie.
- Ungarn ist auf dem Weg zur Rechtsstaatlichkeit.
- Ungarn will die Einbindung in die Weltwirtschaft.

Wie schwierig diese „Revolution von oben“ ist, wurde uns bei den Gesprächsthemen deutlich. Einen breiten Raum nahm in den Gesprächen die Bedeutung einer unabhängigen rechtsstaatlichen Verwaltung ein. Das Interesse an der Funktionsweise des deutschen Beamtenrechts war für die SPD-Teilnehmer W. Roth, L. Stiegler und für mich überraschend.

Gleich bedeutsam in der Diskussion zwischen SPD und USAP war der Erfahrungsaustausch über die Funktionsweise der Parteien. Aufgrund der Neuordnung des ungarischen politischen Systems muß sich die USAP umorganisieren, weg vom Betriebsgruppensystem, hin zum Wohnortprinzip, wie es für die SPD selbstverständlich ist.

Die Einbindung Ungarns in die Weltwirtschaft erfordert neben der Einführung von mehr Marktwirtschaft die Einführung von neuem, privatem Kapital zur Modernisierung der Wirtschaft. Die gesetzlichen Voraussetzungen sind in Ungarn geschaffen. Die Unternehmen, insbesondere die deutschen, sollten Vertrauen in die politischen und wirtschaftliche Entwicklung Ungarns haben und ihre Investitionstätigkeit dort steigern.

Die Entwicklung in Ungarn zu einer Mehr-Parteien-Demokratie wird von der SPD uneingeschränkt unterstützt. Es wäre zu hoffen, daß auch die Nachbarstaaten Ungarns, wie etwa Rumänien und die DDR, dem Beispiel folgen würden. Ungarn, Polen und die UdSSR bieten die Chance für ein völlig neues Ost-West-Verhältnis. Diese Chance darf nicht vergeben werden. (-/7.7.1989/vo-he/st)

\* \* \*

„Bei Tempo Null keine Unfälle“

---

Ein Automobilclub im Abseits

Von Ernst Haar MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Immer mehr Menschen bewegt heute die Frage nach der Erhaltung und Wiederherstellung einer gesunden Umwelt. Das Thema Geschwindigkeitsbegrenzung findet inzwischen ein breites Echo und mehrheitliche Zustimmung.

Der ADAC als einflußreicher Automobilclub hat Erfahrung mit Slogans. „Freie Fahrt für freie Bürger“ im letzten Jahrzehnt und die jetzige Aktion gegen das Tempolimit auf der AVUS in Berlin zeigen Wirkung. Eine breite Kündigungswelle wurde durch die bekannt gewordenen Austritte des Schriftstellers Günther Grass und des Graphikers Klaus Staeck ausgelöst.

Originalton ADAC Berlin: „Tempo 100 bringt für die Verringerung der Schadstoffe nichts. Auch die Lärmverminderung kann man getrost vergessen. Bei Tempo 80 oder Tempo 50 werden vermutlich weniger Unfälle passieren, bei Tempo Null gibt es gar keine Unfälle.“

Menschenverachtender geht es wohl nicht mehr. Auf jede Austrittserklärung reagiert der Automobilclub schriftlich: „Wir sehen diese Geschwindigkeitsbegrenzung auf der AVUS als eine ausschließlich politische und ideologisch motivierte Bevormundung und Gängelerei der Bürger, die zusätzlich die ohnehin beschnittenen Freiheitsräume in dieser Stadt einschränkt.“

Ein neuer Slogan macht die Runde: „ADAC - Ade!“ Vielleicht kommt die Führung dieses Automobilclubs erst dann zur Besinnung, wenn sich häufende Austritte deutlich machen, was viele Autofahrer von einer derart aggressiven Pro-Autopolitik halten.

(-/7.7.1989/vo-he/st)

\* \* \*

Bausteine für das Haus Europa

---

Anmerkungen zur Rede von Michail Gorbatschow beim Europarat in Straßburg

Von Robert Antretter MdB

Kein Zweifel: Vor dem Europarat hat Michail Gorbatschow eine historische Rede gehalten. Zum ersten Mal sprach ein sowjetisches Staatsoberhaupt vor diesem Forum von 177 Parlamentariern aus 23 europäischen Demokratien. Und erstmals auch waren Gastdelegationen aus Jugoslawien, Ungarn, Polen und der Sowjetunion mit dabei.

Die Vision vom gemeinsamen europäischen Haus - ein Begriff, der seine Karriere macht - hat durch diese Rede neue Konturen gewonnen. Gorbatschow nützte die Chance, sein Angebot des systemöffnenden Dialogs zu vertiefen und wesentliche Positionen seiner Abrüstungspolitik, was insbesondere die Beseitigung der taktischen Nuklearwaffen betrifft, in einen großen Zusammenhang der Geschichte Europas zu stellen. Neues Denken wurde greifbar, als der Gast einen ganzen Vorschlagskatalog sinnvoller Kooperationsmöglichkeiten ausbreitete und das sowjetische Interesse am Beitritt zu den Konventionen des Europarates in den Bereichen Umweltschutz, Erziehung, Kultur und Fernsehen erklärte. Dabei wurde die ökologische Herausforderung als zentrale Menschheitsaufgabe definiert. Sie sei am besten geeignet, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Nationen auf dem europäischen Kontinent zu stärken. Und Gorbatschows Warnung vor einer neuen Pseudokultur, die durch Massenmedien produziert werden könne, machte auch klar, daß gesamteuropäische Kultur eben mehr ist als TV-Konsum: 200 Jahre nach den Programmklärungen der bürgerlichen Revolution gehen wir auf eine Synthese von westlichen und östlichen Ideen zu, die eine Politik für soziale Demokratie in Europa geradezu logisch macht.

Auch Gorbatschows Auffassung, wonach es der Respekt vor souveränen Völkern gebietet, sich nicht in deren innere Angelegenheiten einzumischen, wird von uns Sozialdemokraten geteilt. Entscheidend ist, daß ein produktiver Wettbewerb zwischen den Gesellschaftssystemen stattfindet. Daß die historische Schuld - Gorbatschow verwies auf das Entstehen des Faschismus - eine beispielhafte

Kraftanstrengung von den Europäern verlangt, um Humanität und Gerechtigkeit weltweit zu verwirklichen - die ist ebenso zu betonen, wie die allgemeine Notwendigkeit der Befreiung von Rüstungslasten, die bisher eine aktive Beteiligung der Sowjetunion am europäischen Wirtschaftsgeschehen verhindert haben.

Die gemeinsame Sicherheit muß das Fundament des Hauses Europas sein. Das wissen wir Sozialdemokraten schon seit Beginn unserer Ostpolitik. Es wird in der Tat höchste Zeit, daß auch Westeuropa - gerade wegen der Zurückhaltung von Großbritannien und Frankreich - substantiellen Beiträgen auf Gorbatschows Abrüstungsoffensive antwortet. Die vorgeschlagene Ost-West-Sicherheitsexperten-Gruppe muß zustande kommen, damit das Konzept der strukturellen Nichtangriffsfähigkeit so definiert werden kann, daß militärische Angriffe in Europa vollends undenkbar werden. Mit dem Abbau der taktischen Atomwaffen und dem Truppenabzug in Osteuropa hat die Sowjetunion Schritte getan und gezeigt, daß eine Welt ohne Kernwaffen, in der es auch keine industrielle Basis mehr gibt für die Produktion chemischer Waffen bis ins Jahr 2000 keine Utopie bleiben muß. Es gilt jetzt im Rahmen der UNO, über die schwierigen Probleme der Rüstungskonversion nachzudenken und dafür Handlungsstrategien zu entwickeln.

Insgesamt machte die Rede Gorbatschows in Straßburg deutlich, daß wir Bausteine für das gemeinsame Haus im Europarat machen können. Die volle Mitwirkung der Sowjetunion ist dabei eine wichtige Voraussetzung - auch für die Übernahme einer aktiven Rolle des Europarates im KSZE-Prozeß. Die Zusammensetzung der parlamentarischen Versammlung aus Delegationen nationaler Parlamente symbolisiert das künftige europäische Haus auf besondere Weise. Hier könnte Vertrauen wachsen, von hier könnten politische Friedenswirkungen ausgehen, nicht zuletzt über anspruchsvolle Kulturvorhaben mit den osteuropäischen Ländern. Insofern war, neben den Inhalten, der Ort von Gorbatschows Rede richtungweisend.

(-/7.7.1989/va-he/st)

\* \* \*